

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Energiesicherheit

EU-Kommission fördert  
Windkraft in Europa

>> 3

### Arbeitsprogramm 2024

Bürokratieabbau und  
Wettbewerbsfähigkeit der  
Wirtschaft

>> 4

### Europa vor Ort

Leipziger Zentrum setzt sich  
für Pressefreiheit ein

>> 6

## ■ SACHAROW-PREIS

### Posthume Ehrung für Jina Mahsa Amini

Der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments geht in diesem Jahr an Jina Mahsa Amini und die iranische Freiheitsbewegung „Frau, Leben, Freiheit“. Das Parlament würdigt damit den Einsatz Aminis für Frauen- und Freiheitsrechte im Iran. Die 22-jährige Frau hatte angeblich die strengen iranischen Verschleierungsgesetze ignoriert und war im September 2022 in einem Teheraner Krankenhaus nach körperlicher Misshandlung in Haft gestorben. Aminis Tod löste im Iran massive Proteste aus. Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte, der Sacharow-Preis stehe für das Eintreten der EU für Menschen- und Freiheitsrechte, im Iran und überall.

Der Sacharow-Preis wird seit 1988 verliehen. Er ist benannt nach dem sowjetischen Physiker und Menschenrechtler Andrei Sacharow.

[Ehrung](#)



Mitte Oktober reiste Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Israel, um ihre Solidarität mit den Opfern der Hamas-Terroranschläge zu bekunden und mit der israelischen Führung zusammenzutreffen.

© European Union, 2023

## ■ TERROR DER HAMAS

### Solidarität mit Israel und Hilfe für Zivilbevölkerung in Gaza

Vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Grundsätze ihrer Nahostpolitik bekräftigt. Die Präsidentin betonte in einer Rede in Aachen: „Es ist kein Widerspruch, solidarisch an der Seite Israels zu stehen und humanitäre Hilfe in Gaza zu leisten.“ Nach den Terrorattacken der palästinensischen Hamas hatte von der Leyen Israel die Solidarität der EU zugesichert.

Die Präsidentin sagte bei einem Besuch vor Ort: „Europa steht fest an der Seite Israels.“ Nach einem Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten per Videokonferenz betonte die Präsidentin: „Uns ist allen klar, dass Israel das Recht hat, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Recht zu verteidigen.“

Zu den von der EU-Kommission eingeleiteten Maßnahmen gehören unter anderem:

**▶ Solidarität mit Israel:** Von der Leyen war nach dem Terrorangriff der Hamas mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, nach Israel gereist, um ihre Solidarität zu bekunden. Beide trafen dort Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu und Staatspräsident

Izchak Herzog. Von der Leyen war auch im Kibbutz *Kfar Azza*, der von Hamas-Terroristen überfallen und zerstört worden war. Die Präsidentin sagte: „Es gibt keine Worte, die beschreiben könnten, was wir dort gesehen haben: das Leid der Menschen, die grausamen Attacken der Hamas!“. Sie erneuerte in Israel ihren Appell an die Terrorgruppe Hamas, „alle Geiseln unverzüglich freizulassen und es ganz und gar zu unterlassen, die Zivilbevölkerung als Schutzschild zu missbrauchen“.

**▶ Kampf gegen Antisemitismus:** „Europas Geschichte ist eine Geschichte der Vielfalt. Die jüdischen Werte haben unsere gemeinsamen europäischen Werte geprägt“, sagte von der Leyen in einer *Grundsatzrede* im Europäischen Parlament.

>>

“

*Wir haben die humanitäre Hilfe für Palästina verdreifacht.*

*Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, in einer Rede in Aachen*

”

## Humanitäre Hilfe

Die EU-Kommission arbeitet seit dem Jahr 2000 mit Hilfsorganisationen vor Ort wie dem Internationalen Roten Kreuz und dem UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge UNRWA zusammen. Insgesamt wurden seither rund 930 Millionen Euro an Hilfen für die bedürftige Zivilbevölkerung mobilisiert. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erläuterte: „Jetzt benötigen Palästinenserinnen und Palästinenser im Gazastreifen humanitäre Hilfe und Unterstützung. Sie sollen den Preis der Barbarei der Hamas nicht zahlen müssen.“ Zugleich betonte die Präsidentin: „Wir werden unsere enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Organisationen fortsetzen, um sicherzustellen, dass die Hilfe diejenigen im Gazastreifen erreicht, die sie benötigen.“

&gt;&gt;

Bereits 2021 hatte die EU-Kommission eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus vorgelegt. Auch die Mittel für den Schutz jüdischer Einrichtungen in Europa wurden erhöht. Von der Leyen stellte klar, in „Europa gibt es keinen Platz und null Toleranz für Hass, ganz gleich, ob online oder auf unseren Straßen“.



**Vorgehen gegen Hassrede im Netz:** Die EU-Kommission geht gegen die Verbreitung von Falschnachrichten und Hassbotschaften im Internet vor. So leitete sie ein förmliches Auskunftsverlangen gegen X (ehemals Twitter) sowie gegen Meta (Facebook, Instagram) und TikTok ein. Dabei müssen die Plattformbetreiber mitteilen, wie sie gegen Falschnachrichten auf ihren Seiten vorgehen. Grundlage für das Vorgehen der EU-Kommission ist das europäische Gesetz über digitale Dienste - Digital Services Act (DSA). Die neue EU-Regelung verpflichtet sehr große Internetplattformen und Suchmaschinen, Falschnachrichten und Hassrede aus dem Netz zu entfernen, für kleinere Plattformen tritt das später in Kraft.



**Innere Sicherheit:** Von der Leyen verurteilte die islamistischen Terroranschläge, bei denen in Frankreich und Belgien drei Menschen starben. Nach einem Treffen mit Schwedens

Ministerpräsident Ulf Kristersson und Belgiens Regierungschef Alexander De Croo verwies die Präsidentin auf das Asyl- und Migrationspaket der EU-Kommission, das die schnelle Rückführung für Gefährderinnen und Gefährder vorsieht. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson rief bei einem Treffen der Innenministerinnen und Innenminister der Mitgliedstaaten zu einer raschen Einigung über Regelung und Umsetzung der Rückführungs-Bestimmungen auf.



**Humanitäre Hilfe im Gazastreifen:** Der Terror der Hamas hat auch Folgen für die Menschen im Gazastreifen. Von der Leyen bekräftigte im Europäischen Parlament: „In dieser tragischen Stunde müssen wir alle unsere Anstrengungen verstärken, um die Zivilbevölkerung vor der Brutalität des Krieges zu schützen.“ Um die Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit lebensnotwendigen Gütern zu unterstützen, kündigte die EU-Kommission eine Verdreifachung ihrer humanitären Hilfe auf 75 Millionen Euro an. Zugleich richtete die Kommission eine Luftbrücke nach Ägypten ein. Allein mit den ersten beiden Flügen kamen Hilfsgüter wie Lebensmittel, Decken und Medikamente für die rund 2,1 Millionen bedürftigen Zivilistinnen und Zivilisten im Gazastreifen.

Die Entwicklungshilfe der EU für Palästina – auch wenn derzeit keine Auszahlungen anstehen – wird überprüft. Das soll sicherstellen, dass das Geld ausschließlich an zivile Projekte geht. Die Präsidentin versicherte im Europäischen Parlament: „EU-Mittel sind nie an die Hamas oder irgendeine terroristische Organisation geflossen, und das wird auch nie der Fall sein.“ (pr)

Solidarität

### Humanitäre Hilfe der EU für Palästina

2,1 Millionen Menschen in den besetzten palästinensischen Gebieten benötigen humanitäre Hilfe.  
(Zahlen vor dem 7. Oktober 2023, UN/OCHA)



600.000 Kinder im schulpflichtigen Alter benötigen Zugang zu Bildung.  
(Zahlen vor dem 7. Oktober 2023, UN/OCHA)



Die ersten Flüge der EU-Luftbrücke landeten mit 54 Tonnen Hilfsgütern zur Verteilung durch UNICEF bereits letzte Woche in Ägypten.



2023 leistet die EU Palästina rund 78 Millionen Euro an humanitärer Hilfe

Quelle: EU-Kommission

Bilder: European Union, Shutterstock

## ENERGIESICHERHEIT

# EU-Kommission fördert europäische Windenergie-Branche

Die EU treibt den Ausbau der Windkraft in Europa weiter voran. Der für den Europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident Maroš Šefčovič spricht von einem strategisch wichtigen Sektor, der eine europäische Erfolgsgeschichte bleiben muss – „sowohl aus energiepolitischer als auch industrieller Sicht“.

Das neue Windkraft-Paket der Kommission soll die Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten und Industrie verbessern und die Umsetzung beschlossener Rechtsvorschriften in die Praxis beschleunigen. Konkret etwa: Digitalisierung der Genehmigungsverfahren und leichterem Zugang zu Finanzmitteln. Das Paket wird laut Kommissar Šefčovič „dazu beitragen, dass der europäische Windkraftsektor zu Hause wachsen kann und weltweit wettbewerbsfähig ist.“ Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, einen Anteil erneuerbarer Energie von mindestens 42,5 Prozent bis 2030 zu erreichen. Dafür muss die installierte Windkraftkapazität massiv erhöht werden. Windkraft lieferte 2022 rund 16 Prozent der

Strommenge in der EU. Energiekommissarin Kadri Simson betonte: „Der Windkraftsektor ist für die Verwirklichung unserer Ziele in den Bereichen saubere Energie und Klimaschutz von entscheidender Bedeutung, doch wir müssen dafür sorgen, dass er in einem fairen und günstigen Umfeld tätig werden kann.“

[Aktionsplan Windkraft](#)



© Shutterstock

## MIGRATIONSSTEUERUNG

# Aktionsplan gegen illegale Einreisen und Visa-Missbrauch

Um die Migration über die östliche Mittelmeerroute besser zu steuern, hat EU-Innenkommissarin Ylva Johansson einen Aktionsplan vorgestellt. Johansson erläuterte: „In diesem Plan werden Maßnahmen zur Verhinderung irregulärer Ausreisen, zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und zur Schaffung legaler Wege dargelegt.“ Im Jahr 2022 wurden 43.906 irreguläre Einreisen auf der östlichen Mittelmeerroute registriert, das sind 113 Prozent mehr als 2021. Insbesondere Griechenland (plus 89 Prozent) und Zypern (plus 123 Prozent) erlebten eine starke Zunahme an illegalen Grenzübertritten. Zugleich präsentierte die EU-

Kommission Vorschläge gegen den Missbrauch beim visafreien Reisen. So soll das Verfahren zur Aussetzung des Visa-Mechanismus vereinfacht werden, wobei eine Aussetzung das letzte Mittel bleibt. Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, sprach von einem Verfahren, das es der EU ermöglicht, „schnell gegen den Missbrauch des visumfreien Reiseverkehrs vorzugehen – insbesondere wo dieser zum Risiko irregulärer Migration oder zu Sicherheitsrisiken für die EU führt“.

[Aktionsplan](#)

## NULL-SCHADSTOFF-STRATEGIE

# EU dämmt Freisetzung von Mikroplastik durch Kunststoffpellets ein

Die EU-Kommission will die Umweltbelastung durch Mikroplastik durch die unbeabsichtigte Freisetzung von Kunststoffpellets stoppen. Kunststoffpellets sind der Rohstoff für die Herstellung aller Kunststoffe, auch als Kerzen, Noppen oder Harzpellets bezeichnet. In der Regel handelt es sich um Mikroplastik mit einer Größe bis zu 5 Millimetern. Während der Herstellung oder anderer Prozesse in der Lieferkette kann ein Teil davon freigesetzt werden. Derzeit gelangen dadurch jedes Jahr bis zu 184.000 Tonnen [Pellets](#) in die Umwelt. Mit ihren Vor-

schlägen will die Kommission die Freisetzung von Pellets um bis zu 74 Prozent senken. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte: „Mikroplastik ist allgegenwärtig, und wir müssen der Verschmutzung an der Quelle Einhalt gebieten.“ Bereits verabschiedet ist eine EU-Verordnung gegen die Verwendung von Mikroplastik in Kosmetika, Detergentien sowie Farben und Lacken.

[Weniger Mikroplastik](#)

## UNLAUTERE METHODEN

# Werbepraktiken von Influencern auf dem Prüfstand

Die EU-Kommission überprüft in diesen Wochen gemeinsam mit nationalen Verbraucherschutzbehörden Online-Posts in sozialen Medien. Influencerinnen und Influencer müssen nach EU-Recht offenlegen, wenn sie Produkte auf Instagram, TikTok & Co. präsentieren und dafür Geld bekommen. „Dieses Geschäft floriert“, sagte EU-Justizkommissar Didier Reynders, „und viele Kunden – oft junge Menschen oder sogar Kinder – vertrauen diesen Empfehlungen“. Die Ergebnisse der Untersuchung fließen in einen Check für digitale Fairness ein. Dieser Check soll dann klären, ob neue Vorschriften für digitale Märkte nötig sind.

Die EU-Kommission startete zudem einen [Influencer Legal Hub](#). Auf dieser Plattform können sich Influencerinnen und Influencer über geltende EU-Regelungen informieren. „Auch sie müssen sich an laute Geschäftspraktiken halten“, betonte Reynders, „und ihre Follower haben ein Recht auf transparente und verlässliche Informationen“. Influencer-Marketing erreicht in diesem Jahr weltweit einen Umsatz von geschätzt 19,98 Milliarden Euro.

[Werberegeln](#)

# EU-Kommission setzt auf Bürokratieabbau und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit

Im *Arbeitsprogramm* der EU-Kommission für die Zeit bis zur Europawahl im Juni 2024 geht es vor allem darum, Regulierungsvorschriften weiter zu vereinfachen und angescho-bene Gesetzesvorhaben abzuschließen. Exekutiv-Vizepräsident Maroš Šefčovič sagte bei der Vorstellung der Pläne in Straßburg, die Kommission sei jederzeit bereit, das Europa-parlament und den Rat bei der Entscheidungsfindung über die verbleibenden wichtigen Legislativ-Vorschläge zu unterstützen – damit diese Initiativen den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Interessenträgern zugute kommen.



Auf ihrer wöchentlichen Sitzung diskutierte die EU-Kommission unter anderem das Arbeitsprogramm für 2024.

© European Union, 2023

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verwies auf die aktuellen geopolitischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund sei die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Sicherheit der EU von höchster Priorität. Sie fügte hinzu: „Wir werden dabei die Anforderungen an Unternehmen und Verwaltungen und den Bürokratieabbau für unsere Unternehmen und Verwaltungen miteinander abwägen.“

Die Schwerpunkte der Kommissionsagenda in sechs Zahlen:

**25** Prozent weniger Vorgaben durch **entschlackte Berichtspflichten** für Unternehmen: Dafür wurden seit März 2023 insgesamt 15 *Vorschläge* zur Vereinfachung der Verwaltung vorgelegt, 26 weitere Initiativen folgen. Allein durch die Vereinfachung von Zollformalitäten lassen sich rund 2 Milliarden Euro Effizienzgewinne erzielen. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren von den Entlastungen mit rund 450 Millionen Euro. Wie von der Kommissionspräsidentin in ihrer *Rede zur Lage der Union* angekündigt, wird die EU-Kommission zudem einen Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen ernennen.

**One** in, one out, heißt der Grundsatz der EU-Kommission für eine **einfachere Verwaltung**. Für jede neue Regelung soll eine bestehende Vorschrift entschlackt oder aufgehoben werden. So zieht die EU-Kommission etwa in ihrem neuen Arbeitsprogramm sechs Gesetzesinitiativen zurück. Insgesamt ergeben sich durch den geringeren Aufwand in der Verwaltung Einsparungen in Höhe von rund 7,3 Milliarden Euro.

**18** neue Initiativen enthält das neue Arbeitsprogramm, auch zur **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** der europäischen Wirt-

schaft. So steht ein Vorstoß an, der Europas Start-ups den Zugang zu superschnellen KI-Computern ermöglicht.

**55** Prozent – mindestens – **weniger Kohlendioxid** soll bis 2030 in der EU ausgestoßen werden. Das ist Teil des europäischen *Grünen Deals*, den die EU-Kommission aufgelegt hat, um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Auf dem Weg dahin strebt die Kommission das nächste Etappenziel an: die Debatte über Europas Klimaziel bis 2040. Zudem soll der strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft starten. Neben dem Fonds für einen gerechten Übergang soll der Gesetzgebungsprozess für einen Klima-Sozialfonds abgeschlossen werden, um soziale Härten bei der Transformation in eine klimaneutrale Gesellschaft aufzufangen.

**2030** läuft die *digitale Dekade* aus, die die EU-Kommission ausgerufen hat, um die **Digitalisierung in Europa** voranzutreiben. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll die Regelung zur Künstlichen Intelligenz (KI) abgeschlossen werden.

**90** Prozent ihrer **angekündigten Vorhaben** hat die EU-Kommission seit ihrem Amtsantritt 2019 umgesetzt.

Zu den vorrangigen Vorhaben, die bis zur Europawahl abgeschlossen werden sollen, zählt auch das Asyl- und Migrationspaket der EU-Kommission. Nach der Einigung der Mitgliedstaaten auf die Bewältigung von Krisensituationen stehen nun die abschließenden Beratungen mit dem Europäischen Parlament an. Šefčovič rief in seiner Rede im Europäischen Parlament zu einer raschen Einigung auf. (pr)

*Bilanz und Vorschläge bis zur Europawahl 2024*

## Europawahl ab 16

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden in Deutschland am 9. Juni 2024 statt. Hierzulande sinkt das Wahlalter dabei auf 16 Jahre. Die EU-Kommission hält viele Bildungsangebote rund um Europa bereit, um Jugendliche auf die Wahl einzustimmen. Etwa das Online-Spiel Fabulous Council für Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse, das die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland gemeinsam mit den Bundesländern entwickelt hat. Fakt oder Fake heißt eine Spielereihe für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, die fit macht für den Umgang mit Fake News im Netz.

# Forum über nachhaltige Investitionspartnerschaften: „Global Gateway gibt den Ländern bessere Wahlmöglichkeiten“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat neue Infrastrukturprojekte mit Schwellen- und Entwicklungsländern angekündigt und den neuen Ansatz der EU für nachhaltige Investitionspartnerschaften erläutert. Zum Auftakt des ersten Forums Global Gateway in Brüssel sagte die Präsidentin, es gehe darum, den Partnerländern bessere Wahlmöglichkeiten zu eröffnen: „Kein Land sollte mit einer Situation konfrontiert werden, in der die einzige Option zur Finanzierung seiner lebenswichtigen Infrastruktur darin besteht, seine Zukunft zu verkaufen. Wir in Europa haben ein klares strategisches Interesse daran, unsere Kräfte auf Augenhöhe zu bündeln, um die globalen Herausforderungen zu bewältigen.“



Solarpark in Afrika

© Shutterstock

Bei der zweitägigen Konferenz kamen hochrangige Regierungsvertreter aus EU- und Partnerstaaten mit Vertretern von Finanzinstituten, internationalen Organisationen und dem Privatsektor zusammen. Global Gateway steht für nachhaltige und zuverlässige Verbindungen für die Menschen und unseren Planeten. Die EU-Kommission hatte die Investitionspartnerschaften 2021 auf den Weg gebracht. Insgesamt werden bis

2027 rund 300 Milliarden Euro mobilisiert, um die nachhaltige Entwicklung in Partnerländern weltweit voranzutreiben und Europa krisenfester mit der Welt zu vernetzen. Bislang wurden rund 66 Milliarden Euro mobilisiert, allein in diesem Jahr rund 90 Investitionsvorhaben angeschoben.

“*Global Gateway zielt auf nachhaltige Investitionen in den Wohlstand und die Sicherheit unserer Partner sowie Europas.*“

*Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission*

Unter anderem ist im Rahmen von *Global Gateway* vereinbart:

▶ **Rohstoffpartnerschaften:** Die EU-Kommission hatte im März ein Gesetz über kritische Rohstoffe vorgelegt. Das Ziel: Die Versorgung von Schlüsselementen für die Energiewende in Europa sichern und lokale Wertschöpfungsketten in Partnerstaaten aufbauen. So wurde auf der Global-Gateway-Konferenz eine Partnerschaft mit Namibia bekräftigt. Namibia soll ein regionales und globales Energiezentrum werden. Eines der Projekte ist eine Rohstoffpartnerschaft zur Zinn-Gewinnung. An der Initiative ist auch Deutschland beteiligt. Zuvor war bereits eine *Global-Gateway-Investitionsagenda* (GGIA) der EU mit Lateinamerika und der Karibik vereinbart worden. Zu den mehr als 130 Initiativen gehört auch die gemeinsame Gewinnung von Lithium in Chile und Argentinien. Von der Leyen betonte, es „ist für uns nämlich unerlässlich, dass der Mehrwert, der sich aus ei-

ner Wertschöpfungskette ergibt, die Verarbeitungsprozesse beinhaltet, vor Ort und in der Region verbleibt.“

▶ **Grüne Energie:** Auf dem Forum in Brüssel wurden zahlreiche Abkommen zum Ausbau erneuerbarer Energien besiegelt, unter anderem zur Erzeugung von grünem Strom durch Windkraft in Cabo Verde und durch Photovoltaik in Bangladesch sowie zum Ausbau der Wasserstoffwirtschaft in Mauretanien. Die Projekte in Bangladesch und Mauretanien werden von Deutschland mitfinanziert. Bereits angeschoben ist die *Africa-EU Green Energy Initiative* (AEGEI), die den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika vorantreibt. Das Ziel: Bis 2030 sollen 50 Gigawatt (GW) grüner Strom in Afrika erzeugt und damit rund 100 Millionen Menschen mit Elektrizität versorgt werden. Deutschland unterstützt im Rahmen der Initiative Global Gateway den Aufbau einer Wasserstofffabrik in Marokko.

▶ **Nachhaltige Infrastruktur:** Auf dem Forum wurden neue Abkommen über wichtige Rohstoffe mit der Demokratischen Republik Kongo und Sambia bekanntgegeben. Gemeinsam mit diesen Ländern baut die EU den *transafrikanischen Korridor*, der den Süden der Demokratischen Republik Kongo und den Norden Sambias über den Hafen von Lobito in Angola mit den Weltmärkten verbinden wird. Von der Leyen sagte, die „Partnerschaft wird auch in lokale Wertschöpfungsketten, in saubere Energie und in Kompetenzen der lokalen Arbeitskräfte investieren“.

▶ **Neue Verbindungen:** Am Rande des G20-Gipfels in Neu Delhi hatte von der Leyen im September die *Partnerschaft für Globale Infrastruktur und Investitionen* (PGII) unterzeichnet. Die beteiligten Partner EU, Indien, USA, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate vereinbarten den Ausbau der gemeinsamen Infrastruktur. So etwa eine Eisenbahnstrecke aus Asien nach Europa, die Lieferwege um 40 Prozent beschleunigt, und eine Pipeline für sauberen Wasserstoff aus Asien über Nahost in die EU. Von der Leyen sprach von einer „grünen und digitalen Brücke zwischen Kontinenten und Zivilisationen“. (pr)

[Interaktive Projektkarte](#)

# Leipziger Zentrum für Pressefreiheit fördert unabhängige Berichterstattung in Europa

Geschichte verpflichtet – gerade am Medienstandort Leipzig. Kommunikationswissenschaftler Andreas Lamm vom Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig sagt: „Unsere Arbeit speist sich aus der Bedeutung der Stadt während der friedlichen Revolution 1989. Eine der zentralen Forderungen damals lautete: Pressefreiheit. Unabhängige Medien sind schließlich entscheidend für Demokratie und Rechtsstaat.“



Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig unterhält auch ein Internetportal, auf dem Verstöße gegen Pressefreiheit gemeldet werden können.

© Shutterstock

Lamm ist stellvertretender Geschäftsführer des Zentrums für Presse- und Medienfreiheit. Oder wie das Institut international heißt: European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF). Der Auftrag lautet: Medienvielfalt und unabhängigen Journalismus in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in den Beitrittsländern zu fördern.

Grundlage für die Arbeit des Zentrums sind die Europäische Grundrechtecharta und die Europäische Charta für Pressefreiheit. Zehn Kapitel halten dort die Prinzipien für eine unabhängige Medienarbeit fest – von A wie Absoluter Informantenschutz bis Z wie Zensurverbot. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, bekräftigt: „Vertrauenswürdige Qualitätsmedien sind der Schlüssel für eine funktionierende Demokratie. Deshalb finanziert die EU solide Projekte zum Schutz des Journalismus und der Vielfalt in der Medienwelt.“ Jourová bezeichnete bei ihrem Besuch des ECPMF im vergangenen Jahr die Arbeit des Instituts als „inspirierend“.

Gegründet wurde das Leipziger Zentrum 2015. Finanziell gefördert wird es unter anderem von der EU-Kommission. Eine der Leipziger Initiativen ist eine Plattform, um Verletzungen der Pressefreiheit öffentlich zu machen. Auf [www.mappingmediafreedom.org](http://www.mappingmediafreedom.org) lassen sich Verstöße gegen die Medienfreiheit melden – vom verwehrten Zugang zu Informationen über Einschüchterungsklagen bis hin zu tätlichen Übergriffen. Die Seite wird stetig aktualisiert und ist ein Barometer für die Lage der Presse in Europa. Zweimal im Jahr werden die Ergebnisse in einem Bericht festgehalten. In Deutschland moniert der Report etwa Attacken auf Berichterstattende am Rande von Anti-Corona-Kundgebungen, in Italien musste Investigativ-Journalist Paolo Berizzi nach Online-Drohungen aus dem rechten Milieu Polizeischutz beantragen, in Polen gab es Einschüchterungsversuche über Verleumdungsklagen. Die Pressefreiheit ist vielen Bedrohungen ausge-

setzt – auch in Europa. Jourová betont: „Wir müssen die Journalisten unterstützen und schützen; sie sind für die Demokratie unverzichtbar.“ So bietet das Programm „Journalists in Residence“ bedrohten Journalistinnen und Journalisten aus Europa die Möglichkeit, ihrer Arbeit in Leipzig ungehindert und an einem sicheren Ort nachzugehen.

## FÖRDERUNG VON MEDIEN IN DER UKRAINE

Eine weitere Initiative aus Leipzig: das Programm „Voices of Ukraine“. Lamm erläutert: „Wir unterstützten dabei Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine in ihrer Arbeit.“ Das Projekt lief im vergangenen Jahr nach Russlands Überfall auf die Ukraine an. „Der Schwerpunkt sind lokale und hyperlokale Medien-Initiativen im ganzen Land, auch im Osten der Ukraine“, betont Lamm die Bedeutung lokaler Berichterstattung. Die Hilfe reicht dabei von Unterstützung für den Lebensunterhalt von Journalistinnen und Journalisten bis zur Förderung bei der Anschaffung von neuer Technik wie Stromgeneratoren. „Die russischen Angriffe auf die Infrastruktur treffen auch die Medien“, so Lamm. Auch gibt es für Journalistinnen und Journalisten aus der Ukraine die Möglichkeit, einige Zeit im Ausland Kraft zu schöpfen. So berichtet die ukrainische Journalistin *Oleksandra Sufianova*: „Der Krieg verursacht auch eine ökonomische Krise. Medien und Journalistinnen und Journalisten brauchen jetzt beides: moralische und finanzielle Unterstützung.“

Die Leipziger Hilfe wirkt. Andreas Lamm ist von der journalistischen Arbeit in der Ukraine begeistert und sagt: „In der Ukraine ist eine neue journalistische Generation am Start.“ Er hofft, dass bei den Aufbauplänen für die Nachkriegs-Ukraine auch die Förderung unabhängiger Medien beachtet wird: „Eine freie Presse ist der Schlüssel für eine offene Gesellschaft.“ (pr)

[Medienfreiheit](#)

## Europa in Zahlen

# 10

europäische Kommunen hat die die EU-Kommission mit dem Siegel der EU-Mission für klimaneutrale und intelligente Städte ausgezeichnet, darunter als einzige deutsche Gemeinde Mannheim. Die EU-Kommission würdigt damit das Engagement der kurpfälzischen Stadt, bis 2030 klimaneutral zu sein. Maroš Šefčovič, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, lobte die Vorreiterrolle und sagte: „Darüber hinaus fordere ich alle Städte in Europa auf, diesem Vorbild zu folgen und im Bereich der Klimaneutralität mit gutem Beispiel voranzugehen.“

Mannheim ist neben München, Frankfurt am Main, Leipzig, Dortmund, Dresden, Münster, Aachen und Heidelberg eine von neun deutschen Kommunen, die von der EU-Kommission für die Mission *100 klimaneutrale Städte* ausgewählt wurden. Unter anderem ging in Mannheim zuletzt eine Flusswärmepumpe in Betrieb, die die Wärme des Rhein-Wassers nutzt, um damit bis zu 3.500 Haushalte mit Energie zu versorgen.

*Auszeichnung*

## Terminvorschau

| DATUM                           | THEMA   | ORT   | KONTAKT  |
|---------------------------------|---|---|--|
| > 30.10.2023<br>18.00–19.30 Uhr | „Die Ukraine auf ihrem Weg in die EU. Stand der Vorbereitungen und Ausblick“<br>Podiumsdiskussion<br><b>Veranstalter:</b><br>Europäische Kommission   | Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn<br>Bertha von Suttner Platz 2-4<br><b>53111 Bonn</b> | <a href="https://germany.representation.ec.europa.eu/events/die-ukraine-auf-ihrem-weg-die-eu-stand-der-vorbereitungen-und-ausblick-2023-10-30_de">https://germany.representation.ec.europa.eu/events/die-ukraine-auf-ihrem-weg-die-eu-stand-der-vorbereitungen-und-ausblick-2023-10-30_de</a>            |
| > 05.11.2023<br>10.00–15.00 Uhr | „Europa selbst gestalten. Simulation des Europäischen Parlaments an der VHS Dresden“<br>Informationsveranstaltung<br><b>Veranstalter:</b><br>EUD und JEF Sachsen                                  | Volkshochschule Dresden<br>Annenstraße 10<br><b>01067 Dresden</b>   | <a href="http://www.europatermine.de/europa-termin/termin/29033">www.europatermine.de/europa-termin/termin/29033</a>   |
| > 06.11.2023<br>16.00–20.00 Uhr | „Los geht's: Europa-Werkstätten für Berlin“<br>Workshop<br><b>Veranstalter:</b><br>Europäische Akademie Berlin  | Berlin Global Village<br>Am Sudhaus 2<br><b>12053 Berlin</b>  | <a href="http://www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/06-11-2023/los-gehts-europa-werkstaetten-fuer-berlin">www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/06-11-2023/los-gehts-europa-werkstaetten-fuer-berlin</a>   |
| > 07.11.2023<br>12.00–13.30 Uhr | „Karriere in der EU“<br>Webinar mit Fokus auf Generalisten-Auswahlverfahren<br><b>Veranstalter:</b><br>Amt für Personalauswahl der Europäischen Union   | Online  | <a href="https://germany.representation.ec.europa.eu/events/webinar-karriere-der-eu-mit-fokus-auf-generalisten-auswahlverfahren">https://germany.representation.ec.europa.eu/events/webinar-karriere-der-eu-mit-fokus-auf-generalisten-auswahlverfahren</a>  |
| > 08.11.2023<br>18.30–20.00 Uhr | „Der neue Gesellschaftsvertrag – wie lernen wir die Demokratie wieder zu schätzen?“<br>Seminar<br><b>Veranstalter:</b><br>Konrad-Adenauer-Stiftung  | Botschaft der Tschechischen Republik<br>Wilhelmstraße 44<br><b>10117 Berlin</b>                             | <a href="http://www.kas.de/de/web/berlin/veranstaltungen/detail/-/content/der-neue-gesellschaftsvertrag-wie-lernen-wir-die-demokratie-wieder-zu-schaetzen">www.kas.de/de/web/berlin/veranstaltungen/detail/-/content/der-neue-gesellschaftsvertrag-wie-lernen-wir-die-demokratie-wieder-zu-schaetzen</a> |
| > 09.11.2023<br>09.00–17.00 Uhr | „Erasmus+ in der Berufsbildung – gemeinsam mehr Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt ermöglichen“<br>Podiumsdiskussion<br><b>Veranstalter:</b><br>Regierungspräsidium Karlsruhe, IHK Karlsruhe | Regierungspräsidium Karlsruhe<br>Markgrafenstraße 46<br><b>76133 Karlsruhe</b>                              | <a href="https://veranstaltungen.karlsruhe.ihk.de/erasmus2023">https://veranstaltungen.karlsruhe.ihk.de/erasmus2023</a>  |

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de) <<

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu) • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: [cp.contact@mbi-infosource.de](mailto:cp.contact@mbi-infosource.de)

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## ■ PROJEKTE GESUCHT

### Förderung für Nachwuchsjournalisten

Die Europäische Kommission stellt weitere 9 Millionen Euro bereit, um grenzüberschreitende Journalismus-Projekte für ein junges Publikum zu fördern. Grenzüberschreitend bedeutet dabei: mindestens fünf Organisationen aus fünf Mitgliedstaaten sollen beteiligt sein. Es geht um die Produktion von vertrauenswürdigen Inhalten bei vollständiger redaktioneller Unabhängigkeit. Auch sollen innovative Ansätze getestet werden, wie man junge Europäerinnen und Europäer gezielt erreicht. Das Förderprogramm wurde 2020 als Pilotprojekt gestartet, mittlerweile ist es der vierte Aufruf, Projekte einzureichen. Bewerbungen werden bis zum 29. Januar 2024 entgegengenommen, die Projekte sollen im Sommer 2024 starten.



© Shutterstock

Zudem hat die Kommission die Gewinner des Megalizzi-Niedzielski-Preises 2023 für Nachwuchsjournalisten bekanntgegeben und eine neue Runde zur Einreichung von Vorschlägen gestartet. Ausgezeichnet mit dem Preis wurden in diesem Jahr: Antonina Lozova aus Bulgarien, Sara Fačko aus Kroatien und Olena Martyniuk aus der Ukraine. Mit dem Preis unterstützt die Kommission Projekte, die das Bewusstsein für die Kohäsionspolitik und ihre positive Auswirkung auf das Leben der EU-Bürger schärfen. Die Frist für die Einreichung von Anträgen endet am 9. Januar 2024.

[Projekte für junge Journalisten](#)

## ■ FORSCHUNGSFÖRDERUNG

### Programme zur Mobilität von Forschenden

Im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) können Universitäten, Forschungszentren, Unternehmen sowie regionale oder nationale Behörden auch Finanzmittel zur Kofinanzierung von Programmen zur Ausbildung von Doktoranden und Post-Docs erhalten. Mit dem aktuellen Aufruf im Rahmen von [MSCA COFUND](#) unterstützt die Kommission neue oder bestehende Programme zur Karriereentwicklung und Mobilität von Forschenden. Für die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von promovierten Forschenden stehen aktuell 96,6 Millionen Euro über MSCA bereit. Die ausgewählten Projekte werden exzellenten Forscherinnen und Forschern ermöglichen, ihre Netzwerke zu erweitern, Wissen auszutauschen und ihren Unternehmegerist zu fördern. Die Einreichfrist endet am 8. Februar 2024.

[Forschungsförderung](#)

## ■ JUGENDAUSTAUSCH

### Meldesystem für Visa-Probleme

Ein Visum im Internationalen Fachkräfte- und Jugendaustausch beantragen – das ist für Träger der Internationalen Jugendarbeit oft eine Herausforderung. Die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB) will Schwierigkeiten künftig über ein Online-Meldesystem systematisch erfassen.

Es geht hier nicht um eine Notfall-Unterstützung im Einzelfall. Die Online-Erfassung für Visa-Probleme soll vielmehr einen Überblick über die derzeitigen Probleme geben. Damit lässt sich dann eindeutiger beurteilen, wo langfristig Lösungen gesucht werden müssen.

[Online-Erfassung](#)

## ■ 12 MILLIONEN EURO FÜR EUROPÄISCHE DATENRÄUME

### Ausschreibungen zu Tourismus und kulturellem Erbe

Das Programm „Digitales Europa“ soll dazu führen, dass Wirtschaft und Gesellschaft digitale Technologien breit nutzen. Im Rahmen dieses Programms stellt die EU-Kommission 12 Millionen Euro für Projekte in zwei Bereichen bereit: Tourismus und kulturelles Erbe. Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Einrichtungen aus den EU-Mitgliedstaaten, den EFTA/EWR-Ländern und den assoziierten Ländern können sich bewerben, Einsendeschluss ist der 23. Januar 2024.

Im Bereich Tourismus geht es um den Datenaustausch zwischen Tourismusunternehmen, Reisezielen und Behörden. Welche Wünsche haben die Touristen, welche Angebote und Reisezeiten sind besonders nachgefragt, wie lässt sich die Planung verbessern? Hier sind 8 Millionen Euro vorgesehen. Die restlichen 4 Millionen Euro stehen bereit für Projekte zur Einrichtung eines Datenraums für das kulturelle Erbe. Ziel ist es, mehr hochwertige europäische Kulturinhalte, insbesondere in 3D, zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen die Projekte die Verwendung der digitalisierten Inhalte in anderen Bereichen – etwa Tourismus und Bildung – voranbringen.

[Ausschreibungen](#)



© Shutterstock